Fachübergreifende Modulprüfung

Europäische und internationale Grundlagen des Rechts

Einführung in das Europarecht – Europäisches Verfassungsrecht

25. Juni 2018

FAMILIENNAME [redacted] VORNAME [redacted]

MATRIKELNUMMER [redacted] PUNKTE [redacted]

1. Frage (2P):

Von welchen Staaten wurde die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl gegründet? Welches Ziel wurde dabei verfolgt?

[redacted]

[redacted]

2. Frage (6P):

Geben Sie an, welche Klage bzw. welches Verfahren in der jeweiligen Konstellation einschlägig ist. Nennen Sie dabei bitte auch die entsprechende Rechtsgrundlage!

- Ein Mitgliedstaat ist der Ansicht, dass eine Verordnung in rechtswidriger Weise zustande gekommen ist. (1P)

[redacted]

- Ein nationales Gericht hat ebenfalls Zweifel am gültigen Zustandekommen dieser Verordnung. (1P)

[redacted]

- Ein Unternehmen möchte einen Beschluss der Europäischen Kommission bekämpfen. (1P)

[redacted]

- Ein Mitgliedstaat hat eine Richtlinie nicht rechtzeitig umgesetzt. (1P)

[redacted]

- Der OGH hat eine Frage zur Auslegung einer Richtlinienbestimmung. (1P)

[redacted]

- Eine Regelung eines österreichischen Bundesgesetzes ist unionsrechtswidrig und soll aufgehoben werden. (1P)

[redacted]

3. Frage (6P):

Nehmen Sie zu folgenden Aussagen Stellung und geben Sie an, ob diese richtig oder falsch sind. Begründen Sie Ihre Antwort!

- Nur Verordnungen können unmittelbare Wirkung entfalten. (1P)

- Richtlinien gehen im Kollisionsfall Verordnungen vor. (1P)

- Mit dem Staatshaftungsanspruch iSv *Francovich* kann man die Verletzung von EU-Recht durch EU-Organe geltend machen. (1P)

- Damit eine Richtlinie ausnahmsweise unmittelbare Wirkung entfalten kann, muss zunächst die Umsetzungsfrist abgelaufen sein. (1P)

- Völkerrechtliche Abkommen der Union stehen normenhierarchisch über dem Primärrecht. (1P)

- Mittels richtlinienkonformer Auslegung müssen die Gerichte der MS nationales Recht im Lichte der Richtlinie auslegen. (1P)

4. Frage (3P):

Grenzen Sie folgende Grundfreiheiten voneinander ab: Gehen Sie bitte auf das hierfür wesentliche Unterscheidungsmerkmal ein!

a) Warenverkehrsfreiheit – Dienstleistungsfreiheit (1P)

[redacted]

b) Niederlassungsfreiheit – Dienstleistungsfreiheit (1P)

[redacted]

c) Arbeitnehmerfreizügigkeit – Niederlassungsfreiheit (1P)

[redacted]

5. Frage (5P):

Die EU-Datenschutz-Grundverordnung besagt, dass alle MS den Schutz der Grundrechte und insbesondere den Schutz der Privatsphäre natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten zu gewährleisten haben. Die Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein ist ein auf den Bereich Bildung spezialisiertes Unternehmen. Sie betreibt auf Facebook eine *Fanpage*; dabei werden Nutzerdaten mithilfe von Cookies gesammelt und von Facebook gespeichert. Das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz rechnete die von Facebook erfolgte Verarbeitung personenbezogener Daten der Wirtschaftsakademie zu und ordnete die Deaktivierung ihrer *Fanpage* an. Im daran anschließenden Verfahren legte das deutsche Bundesverwaltungsgericht die Frage nach der Zurechenbarkeit dem EuGH zur Vorabentscheidung vor.

a) Welches Grundrecht könnte hier betroffen sein und wo ist dieses zu finden? (2P)

[redacted]

b) Auf welche Weise bzw. woraus generiert der EuGH Unionsgrundrechte? (2P)

[redacted]

c) Ist der EuGH in diesem Fall überhaupt zuständig? Wann kommen die Unionsgrundrechte grundsätzlich zur Anwendung? (2P)

[redacted]

6. Frage (8P):

In Katalonien ist für Einzelhandelsunternehmen, die über mehr als 2500 m^2 Verkaufsfläche verfügen, eine Sonder-Steuer wegen der mit solchen Groß-Kaufhäusern verbundenen negativen Auswirkungen auf die Umwelt vorgesehen. Kleinere individuelle Einzelhandelsunternehmen unterfallen dieser Steuer hingegen nicht. Die *Asociación de Grandes Empresas de Distribución* (AGED), die die Interessen der großen Einzelhandelsunternehmen vertritt, sieht in dieser Abgabenregelung einen Verstoß gegen Unionsrecht.

a) Welche Grundfreiheit könnte betroffen sein und wo ist diese geregelt? (1P)

[redacted]

b) Welche Voraussetzungen müssen im Allgemeinen vorliegen um in den Anwendungsbereich dieser Grundfreiheit zu gelangen? (3P)

[redacted]

c) Liegt durch die Sonder-Steuer ein Verstoß gegen diese Grundfreiheit Ihrer Meinung nach vor? Begründen Sie! (2P)

[redacted]

d) Stellt eine solche Abgabe eine verbotene staatliche Beihilfe dar? (2P)

[redacted]